

# Sächsische Volkszeitung

Erste täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis: Blechfass 1 Mf., 50 Pf. (ohne Beil.) "gold". Bei  
außerdeutschen Postanstalten 11. Bezugspreis: Einzelnummer 10 Pf.  
Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Aufsätze werden die eingeholten Beiträge über deren Raum zu  
15 Pf. berechnet, bei Überholung bedeutender Kosten.  
Buchdruckerei, Redaktion und Verlagsstelle: Dresden,  
Villiger Straße 43. — Rumpfpreis am 1. Mrz. 1904.

## Die Ringbildung marschiert.

Am Dienstag hat sich ein wichtiges Ereignis für die deutsche Stahlindustrie vollzogen: der Stahlwerksverband hat nun seine Reihe geschlossen. Das große Werk „Phoenix“ stand selber noch außerhalb desselben, da es nach der Ansicht der übrigen Mitglieder des Stahlringes zu hohe Anforderungen stellte. In der Fachpresse war ein heftiger Kampf entstanden, der sich in der Tagesspresse fortwährt und namentlich in riesigen Anzeigen dort sich geltend machte. Die Aktionäre wurden aufgefordert, doch ja bei der bevorstehenden Generalversammlung im Sinne des Anschlusses an den Stahlwerksverband zu stimmen. Diese Agitation hat ihre Wirkung auch nicht verfehlt, wie ein knapper Bericht über die in Köln stattgefundenen Generalversammlungen der Bergbaugesellschaft „Phoenix“ zeigt.

Der Generaldirektor, Kamp, derselben legte zunächst in längeren Ausführungen den Standpunkt des Phoenix-Verbandes dar und begründete die Ansprüche des Phoenix im Hinblick auf die Neuanlagen und Verbesserungen des Betriebes, die in den letzten Jahren 25—36 Millionen Mark betrugen. Auch heute müsse er an den verlangten Beteiligungsziffern festhalten, die ganz im Rahmen der durch die Verhältnisse gebotenen Möglichkeiten auf die Rücksichtnahme der neuen Betriebseinrichtungen sich halten. Er wisse zwar, daß er überstimmt werde; aber die wissenschaftlichen Phoenix-Aktionäre würden zweifellos seinen Standpunkt einnehmen. Er sehe im Beitritt des Phoenix zum Stahlwerksverband ein Unglück für das Werk, und die großen Kapitalien, für die geschaffenen Neuanlagen seien umsonst ausgegeben. Bankier Jarislowski-Berlin tritt den Ausführungen des Generaldirektors bei, indem er als Phoenix-Aktionär zu sprechen erklärt, um nicht gleichzeitig als Interessent für seinen Besitz an anderen Industriewerten. Die dem Verbande schon beigetretenen anderen Aktionäre waren ebenfalls gegen den Beitritt. Die Vertreter der dem Phoenix nahestehenden Banken erklären, daß sie sich jedes Einflusses auf die Aktionäre enthalten hätten. Geheimrat Kadors, Kommerzienrat Hegenbach und Generaldirektor Loh vertreten den Standpunkt des Stahlwerksverbandes und betonen, daß der Verband dem Phoenix keine höhere Beteiligung bewilligen könne, als geschehen, und daß er es sonst zum Nachteil aller auf einen Kampf ankommen lassen müsse. Nach drei Jahren würden doch wohl die Beteiligungsziffern neuvergeltet.

Die Abstimmung ergab 20379 Stimmen für folgenden Antrag: Die Generalversammlung nimmt das Angebot des Stahlwerksverbandes an und beauftragt den Vorstand, die dazu erforderlichen Schritte zu tun; 8351 Stimmen waren dagegen und 2063 Stimmen enthielten sich. Damit ist der Anschluß an den Stahlwerksverband beschlossene Sache; wenn „Phoenix“ denselben sein geblieben sein würde, wäre ein Kampf bis aufs Messer zwischen diesem und dem Syndikat ausgebrochen; auch dies wurde vorher angekündigt und hat gewiß manche Aktionäre gefreut.

Die Art und Weise, wie somit „Phoenix“ klein gekriegt wurde, erinnert doch sehr an jenen Terrorismus, den sozialdemokratische Arbeiter gegen christlich gesinnte anwenden, wenn letztere der sozialdemokratischen Gewerkschaft nicht beitreten wollen. Wir wenigstens können einen wesentlichen Unterschied in dem beiderseitigen Verhalten nicht erkennen. Hier aber jammert kein Mensch über die Gewalttäterschaft der Unternehmer; im Gegenteil, man findet dies alles hübsch und schön und röhnt es gar als einen Fortschritt in der Industrie. Unzweckhaft wird hier mit zweiterlei Wahr gemessen.

So hat sich nun ein neues mächtiges Syndikat gebildet; Eisen — und Kohlen — die beiden Lebensnerven der modernen Industrie — sind jetzt geschlossen organisiert. Angesichts dieses Umstandes muß sich der Gesetzgeber doppelt überlegen, ob nicht die Zeit für ihn gekommen ist, einzuschreiten. Der Zentrumsabgeordnete Bachem hat schon bei der Debatte über das Stilllegen der Kohlegruben im Ruhrrevier die Forderung nach einem Reichsyndikatsgesetz erhoben und diese ist sehr gut begründet. Wir haben jetzt schon die Staatskommissionen bei den Hypothekenbanken, den Notenbanken, der Börse usw., die wirtschaftlich noch Gewaltigen, die Syndikate, können schalten und walten, wie es ihnen beliebt, nur um die Dividende in die Höhe zu treiben. Das wirkt unfehlbar für die Gesamtinteressen. Ein Vorgehen des Reiches liegt demnach im Interesse des Volkswohles, sowohl der Arbeitnehmer wie der Konsumenten. Es sind über 2 Jahre her, seitdem die Syndikatskommission ihre Sitzung abgehalten hat; die Protokolle darüber sind erschienen, aber man hat seither nichts mehr hervorgeholt. Alles scheint zu schlafen, während die Bildung von Ringen und Syndikaten immer mehr zunimmt. Deshalb erheben wir doppelt den Ruf, daß das Reich ernst mache mit einem Gesetzentwurf, der die Syndikate der Staatsaufsicht unterstellt; möge dies aber geschehen, ehe es zu spät ist und diese mächtigen Kartelle großen wirtschaftlichen Schaden anrichten können; auch hier heißt es: Der Flug Mann baut vor!

## Niederrhein.

a. Berlin. 78. Sitzung am 28. April 1904.

Der Reichstag hat heute zunächst den Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seeleute angenommen; hierdurch wird vom 15. Mai ab die Krankenfürsorge für diese auf 25 Wochen ausgedehnt. Ein Antrag des Zentrumsabgeordneten v. Savigny, der fast einstimmig angenommen wird, gibt den Seefahrern auf den

Schiffen bessere Krankenfürsorge. Dann wurde in fast endloser Breite die erste Sitzung zum Völkergesetz fortgesetzt; die noch zahlreich anwesenden Abgeordneten verteilten fast alle den Sitzungssaal. Herr v. Kardorff (Sp.) hatte zwar noch ein gut belegtes Haus; er erklärte sich für das Verbot des Terminhandels im Streitkreis für die Börse, der freisinnige Abgeordnete Kämpf, der namentlich den Widerstand gegen das Völkergesetz von 1896 organisiert hatte, will das Völkergesetz befeiern, da es ein Ausnahmegesetz sei, um den Terminhandel zu lassen; seine sonstigen Ausführungen geben oft Anlaß zu unfreiwilliger Heiterkeit. Der nationalliberale Dr. Lucas konnte nomens seiner Partei mitteilen, daß sie am Verbot des Terminhandels festhält und ebenso am Börsegesetz; aber sie will prüfen, ob sich nicht andere Bestimmungen erleichtern lassen. Der Sekretär des Berliner Handelskammer, der freisinnige Abg. Dove, stellte dann die Börse wie wohl noch diese ganze Woche in Anspruch nehmen.

sie haben Geld im Ueberschuß; man habe einmal hier die Steuerschraube an und es fließt sehr das Gold heraus.

— Eine Rechtfertigung des Zentrums gegenüber dem Vorwurf, es sei nicht national gesinnt, gab der freikonservative Abg. v. Kardorff in der Sitzung des Reichstages vom 13. April 1904. Er führte aus:

„Wenn ich mich mit meinem verehrten Gönner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Sattler, über etwas auseinandersetzen möchte, so ist das, daß er wiederholt den Ausdruck „ultramontan“ gebraucht hat. Ich glaube, wir sollten diesen Ausdruck nicht gebrauchen. Wir können nicht sagen, daß die Herren vom Zentrum gewissermaßen ultramontan Politik bei uns getrieben haben. Nein, meine Herren, sie haben deutsch-nationale Politik getrieben in der Herstellung unserer deutschen Wehrkraft, sie haben deutsch-nationale Politik getrieben in der Herstellung der deutschen Flotte, sie haben deutsche Nationalpolitik getrieben mit uns in der Frage der Kolonialpolitik, welche sie mit uns gemeinschaftlich inauguriert haben, und sie haben endlich deutsch-nationale Politik getrieben bezüglich des Zolltariffs, der doch die Wirtschaft mit verschaffte, der Landwirtschaft die Rentabilität wieder zu verschaffen, welche ihr unter dem Regime Caprivi entzogen waren, und woraus der Landwirtschaft ein so schmälerer Platz erwachsen ist, ein Kloßland, unter dem sie noch heute leidet. Also meine Herren, wir sollen das gegenüber den Herren vom Zentrum anerkennen, und wenn die Herren im übrigen bemüht sind, für ihre katholische Kirche das herauszuschlagen, was sie glauben herauszuschlagen zu können, nun, mein Gott, so können wir ihnen das nicht verdenken, wenn sie sich dabei Übergriffe gegen das evangelische Bewußtsein zu schulden kommen lassen, so werden wir uns schon dagegen wahren. Ich glaube aber wirklich, daß, wenn auch diese feinen Jesuiten hinzutreten zu den Herren, dies die Entscheidungen nicht sehr wesentlich verändern wird. Dieses nun, meine Herren, die Wogen des konfessionellen Zwistes, die meiner Ansicht nach bedauerlicherweise durch die Art und Weise erzeugt sind, in welcher der § 2 des Gelntingegesetzes aufgehoben worden ist, werden sich in hoffentlich im Laufe der Jahre wieder glätten. Denn ich wiederhole: wir müssen anerkennen, die Herren vom Zentrum haben in der Tat mit uns deutsch-nationale Politik in den letzten Jahren getrieben.“

— Das preußische Abgeordnetenhaus trat heute in die erste Sitzung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen ein und das geschah so ruhig und so friedlich, daß kein Mensch hätte ahnen können, daß einstens auf diesem Gebiete die Geister so auseinander platzen. Allerdings war auch der Stein des Anstoßes aus der Debatte noch entfernt, denn die Konalvorlage ist erst für Montag vorgesehen. Die Freihaltung des Ueberschwemmungsgebietes der Wasserläufe und die Maßnahmen gegen die Hochwasserschäden in der Provinz Brandenburg und im Havelland der Provinz Sachsen geben keinen Anlaß zu heftigen Debatten. Minister Budde gab in seinem einleitenden Vortrage einen geschicklichen Überblick über die seitherigen Maßnahmen; dann ließen die Parteien der Reiche nach ihrer Zustimmung zum Entwurf und der Berichtigung an eine Kommission von 25 Mitgliedern erklären, was auch beschlossen wurde; vom Zentrum sprach Dr. am Zehnhoff. Die freisinnigen Redner Dr. Wiemer und Voermer äußerten ihren Unwillen darüber, daß die Regierung nun eine Trennung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen vorgenommen habe. Morgen geht die Debatte weiter.

— Eisenbahnsfürsorge in Preußen. Der Vertreter der Bezirksvereine der Staatsseidenbahnen soll nach der Annahme des Ministrers Budde einen Zuschuß von 3 Millionen für seine gesamte Rücksichtnahme erhalten. Diese Kasse soll in erster Reihe zur Sicherung eines Zuschlusses zu dem Krankengeld für die in den verschiedenen Zweigen des Eisenbahndienstes tätigen zahlsstreichen Hilfsbediensteten, Handarbeiter und Arbeiter dienen. Bekanntlich gewähren die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Betriebskrankenkassen meistens die Hälfte, in seltenen Fällen bis zu zwei Dritteln des Verdienstes, den der Arbeiter in gesunden Tagen erzielt, in Krankheitssäulen als Krankengeld. Gewährt dagegen die Betriebskrankenkasse auch noch freie ärztliche Behandlung und freie Medizin und Heilmittel, so ist der Ausfall für den erkrankten Arbeiter und seine Familie doch recht sichtbar. Es kann darum nicht wundernehmen, wenn die erwähnten Hilfsbediensteten, Handarbeiter und Arbeiter der Staatsseidenbahnen das bestreben haben, gegen diesen Ausfall sich zu schützen. Das ist aber recht schwierig, vielleicht kaum möglich für alle diesejenigen Betriebsarbeiter, die an den Bahnhöfen zeitweise tätig sind. Darum hat der Staat ein großes Interesse daran, das Zustandekommen von Kasseninrichtungen, die diesem Bedürfnis abhelfen, zu erleichtern und sie lebensfähig zu gestalten. Die Hilfe des Staates zu den geplanten Verbandseinrichtungen ist als einmalige Zuwendung gedacht; der Kasse soll dadurch die Eigenschaft einer auf Selbsthilfe beruhenden Hilfskasse nicht gewonnen werden. Dagegen soll die Vergabe einer einmaligen unverzinslichen und nicht rückzahlbaren Zuwendung es der Kasse ermöglichen, von Anfang an nicht bloß junge Leute, sondern auch ältere Arbeiter, die schon lange Jahre im Dienste der Staatsbahnen gestanden haben und in ihrem vorgerückten Lebensalter die Kasse stärker belasten, zu denselben mäßigen Beitragzahlungen aufzunehmen.

— Das bayerische Postreferat ist ohne die eigene bayerische Briefmarke gar nicht haltbar. Gleichwohl vertrat der liberale Pützer Diehl diese Forderung unter der Zustimmung einzelner Liberaler in der Abgeordnetenkammer. Es steht das politische Moment im Vordergrund. Ob die bayerische Sondermarke ist eine Abrechnung mit der Reichspost nicht mehr möglich, wie müßten uns mit einer Posthalbjahre abscheiden lassen. Dann geht aber die Posthoheit Bayerns verloren, wie in Württemberg, wo nicht bloß die Briefmarke, sondern auch das ganze Posthoheitsrecht verloren gegangen ist. Dagegen wahren sich die Bayern mit Recht.

— Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, bei der dritten Lesung des Gesetzes die Mißstände in den Gefängnissen zur Sprache zu bringen, die durch die Veröffentlichungen zahlreicher Altenstücke in jüngster Zeit bekannt geworden sind. Es wird eine Resolution eingebrochen, in der Forderungen zur Beseitigung der Mißstände erhoben werden.

— Allerlei Brüderliches aus der Sozialdemokratie. Da bekommt Genosse Bernstein eins aufs Haupt, indem der Parteivorstand im "Vorwärts" offiziell erklärt, daß dessen Unternehmen "Neues Montagsblatt" ein "Privatunternehmen" sei und die Vertrauensleute von Berlin und Umgebung schließen sich dem an. Damit ist das Blatt schon vor seinem Erscheinen auf den sozialdemokratischen Innen gesetzt und die Warnungstafel vor ihm aufgestellt; so werden die Revisionisten einfach ausgehungert! — Der "Vorwärts" selbst plädierte für sein Bruderorgan, "Leipziger Volkszeitung", mit dem er jede Woche einigenfalls raus auf mildernde Mißstände". — Der sozialdemokratische Redakteur des Düsseldorfer Parteiblattes ist aus seiner Partei ausgetreten. Diese Lieblichkeit entnehmen wir einer einzigen Nummer des "Vorwärts" und wollen damit nur zeigen, wie es mit der Brüderlichkeit hier bestellt ist!

#### Österreich-Ungarn.

— Am österreichischen Abgeordnetenhaus kam es vorigen Sonnabend zu widerlichen Szenen. Es sollten die Delegationswahlen vorgenommen werden. Die radikalen Tschechen im Hunde mit den Sozialdemokraten vollführten mit Signalpfeifen, "Puldedelen u. w." einen so ungeheuren Lärm, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ordnete der Präsident die namentliche Abstimmung über die Vertragungs-Anträge Thoc an, welche mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Pernerstorfer erklärt, die kleinen Parteien müßten gegen jede Möhregel, welche ihre Erforschung herbeiführen könnte, mit allen Mitteln ankämpfen. Er begnügt sich mit einem Protest gegen das Vorgehen des Präsidenten, in der Erwartung, daß derselbe eine Erklärung abgeben werde, wonach in der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung für die Delegationswahlen kein Präjudiz für die Zukunft geschaffen werde. Der Präsident läßt keinen weiteren Antrag zu und ordnet unter anhaltendem Lärm und Widerspruch der Tschechen die Vornahme der Delegationswahlen an. Darauf erhebt sich tosender Lärm. Die Tschech-Radikalen pfeifen, singen und schlagen auf die Pulte. Inzwischen beginnt die Abgabe der Stimmenzettel für die Delegationswahl, die  $1\frac{1}{2}$  Stunde dauert. Das Ende des Parlamentarismus in Österreich ist gekommen, wenn es nicht gelingt, die von den Christlich-Sozialen geforderte Aenderung der Geschäftsordnung durchzuführen.

— Bei den beiden Ergänzungswahlen zum Gemeinderate in der vierten Kurie haben die Christlich-Sozialen gegen die Sozialdemokraten gesiegt. Mit großer Energie hatte sich die Sozialdemokratie in den Wahlkampf gestürzt, um die ihr verhassten Christlich-Sozialen zu besiegen. Gewählt wurden der Führer der christlich-sozialen Arbeitspartei, Leopold Kunschak, und sein tüchtiger Gefüngnisgenosse, Hans Preyer. Mögen die übrigen Wahlen eben so glänzend ausfallen, als jene in Leopoldstadt und Hietzing!

#### Italien.

Präsident Voubet hält in Rom überall Ansprachen, die von den Ideen der allgemeinen Brüderlichkeit überfließen. Die katholische "Voce della Verità" aber schreibt sehr gut hierzu: „Freundschaften und Bündnisse lösen sich ebenso rasch auf, wie sie zusammengeschlossen. Der Papst allein bleibt in guten wie in schlechten Zeiten mehr als ein treuer und dankbarer Freund und Bundesgenosse; der Vater und unveränderbare Führer der Katholiken.“

#### Deutsch-Südwestafrika.

Die Verluste bei der Kolonne Glaserapp. Ein Radiotelegramm des "L. A." meldet: Olijhaenena, 25. April. Da bei den schlechten Wasserverhältnissen in Olijatu die Typhusausbrüche zunahmen, so starben außer den bereits gemeldeten noch Heldweber, Kammolz und Seeholdat Lenz von der 1. Kompanie, Seeholdat Ringerle von der 4. Kompanie des Seebataillons und die Soldaten der Schutztruppe Rester und Wansler — so marschierte das Detachement Glaserapp am 21. von Olijatu nach Olijhaenena, wo wir gestern eintrafen. Sofort wurde heliographisch die Verbindung mit Olahandja via Sebz und Windhuk hergestellt. Stabsarzt Wiemann richtet hier, wo die Verhältnisse besonders günstig liegen, ein festes Lazarett ein. Hier erwartet auch das Detachement Thach für die durch Gefechte und Krankheit ausgeschaffenen Offiziere, Mannschaften und Pferde, sowie auch weitere Zufuhr von Proviant und Winterkleidung. Am 13. März früh, vor dem Gleich bei Olijsofoco, war die Kavallerie des Detachements 22 Offiziere und 476 Mann; davon fielen 8 Offiziere und 56 Mann. Verwundet wurden 4 Offiziere und 18 Mann; an Krankheiten starben 8 Mann. Krankheitshalber wurden zurückgestellt 2 Offiziere und 62 Mann. Momentan typhusfrei sind 44 Mann. In der letzten Woche sind heftige Regenfälle gefallen; außerdem gab es starke Nachtwölfe, die sich in den Büwats sehr fühlbar machten. Heute bewußt unsere Kavallerie zum 70. Male. Auf dem Marsch hierher war nichts von Herzen zu bemerken. Heute abend ist das Eintreffen von zwei Postsendungen aus der Heimat angekündigt.

— Gouverneur Lentwein meldet aus Windhoek, daß bei der Kolonne Glaserapp bis heute 87 Typhusfälle vorgekommen sind, von denen 9 tödlich verlieben. 43 Typhusfälle sind in das Hospital in Windhoek gebracht worden, der Rest und die 30 Fälle sind in Olijhaenena, wo die ganze Abteilung unter Quarantäne gestellt wird. — Nach einem am 28. d. M. eingegangenen Telegramm ist der bei Ondjito schwerverwundete Lieutenant v. Rothenberg am 25. April in Olahandja gestorben. — Der in Hamburg eingetroffene Oberst Dürr gewährte einem Redakteur der "Neuen Hamburger Zeitung" eine Unterredung und erklärte, die Angabe, daß Differenzen mit Gouverneur Lentwein die Ursache seiner Rückkehr seien, sei absolut wahrheitswidrig. Er sei heimgekehrt, weil ein Fehler, der ihm in China nicht hinderlich war, bei dem Klima und den Anstrengungen in Südwestafrika akut geworden sei. — Ein Ergänzungstransport geht unter Führung

Hauptmanns v. Alting vom 142. Infanterie-Regiment nach Südwestafrika, zunächst nach Hamburg, ab. Er besteht aus 19 Offizieren, 18 Unteroffizieren und 114 Mann: 54 Kavalleristen, 38 Eisenbahnpionieren und 22 Infanteristen. Am Sonnabend nachmittag 2 Uhr steht der Wörmann-Dampfer "Hercog" mit dem Ergänzungstransport in See.

#### Sächsischer Landtag.

Dresden, den 28. April.  
Erste Kammer. Tagesordnung: Zwei Petitionen, und zwar die des Schlachtfestereinnehmers Adolf Fährig in Lugau um Anerkennung seines Anspruches auf Pension unter Einrechnung seiner Militärdienstzeit, und eine solche des Rechtsanwalts Dr. Menholdt in Leipzig um Befreiung der Altdörfischen Stiftung von der Staatskommunalesteuer, sowie um Zurückgewährung wenigstens eines Teiles der im Jahre 1903 gezahlten Steuern. Während die erste der Königl. Staatsregierung zur Erwagung überwiesen wurde, ließ die Kammer die letztere auf sich beruhen. — Rächte Sitzung Dienstag, den 3. Mai.

Zweite Kammer. Mit Interesse sah man der Erklärung der Regierung zu dem Deputationsantrag bezüglich ihrer Denkschrift über die Wahlreform entgegen. Se. Exzellenz der Herr Staatsminister v. Weisch gab sie in einer Weise, welche befriedigte konnte, aber gewiß nicht nach allen Seiten hin befriedigt hat. Zu dem Vorschlag der Deputation, das Pluralsystem als Grundlage der Wahlreform zu nehmen, stand der Herr Minister skeptisch gegenüber. Sein Urteil, ob die Regierung dieses zur Grundlage nehmen werde, mochte er von den Erhebungen abhängig, die erst geprüft werden müssen; davon hängt es ab, ob die Durchführung des Systems räthlich, ja überhaupt durchführbar erscheint. Die Regierung stellt sich also keineswegs bedingungslos auf den Standpunkt der Majorität, noch viel weniger auf den der Minorität, welche auf Grund des Pluralsystems im nächsten Landtag eine fertige Regierungsvorlage beantragte. Das Vorrecht des Rechterschatters der Minorität, Abg. Schulze, über die "regierte" oder "regierende" Regierung fand eine Erwiderung, welche bewies, daß die Regierung sich wohl bewußt ist, gerade in der Wahlreformstage jener Faktor gewesen zu sein, der die Initiative ergriff und dadurch die Parteien der Ständekammer erst nötigte, die Sache einmal in Angriff zu nehmen. Indem in der Denkschrift die Frage nach allen Seiten hin erörtert worden ist, müßten nun wohl oder übel auch die Parteien die Sache durchberaten. Bis jetzt glaubte man im Besitz zu sein und daher keinen Grund zu haben, der Gerechtigkeit gegen jene Bevölkerungsschichten Rechnung tragen zu müssen, die sich durch das bestehende Wahlgesetz benachteiligt fühlen. Den Kopf, wie der Vogel Strauß, fest in den Sand gedrückt, hätte die Behandlung einer Wahlreformänderung wohl noch mancher Landtag beiseite geschoben. Erst die Interessen der Partei, dann die gerechten Forderungen des Volkes, so scheint die Devise auf mancher Seite des Hohen Hauses zu lauten. Ist beides nicht vereinbar, so muß eben die Gerechtigkeit noch ein wenig sich gebülden, bis sie Endzäh findet.

Danach sind die Parteien der Regierung wohl kaum, daß sie die Initiative ergriff. Nach aushen hin freilich werden die launigeren Absichten des Herrn Staatsminister v. Weisch lobend betont. Er hat es gewiß gut gemeint. Es mag nicht nach seinem Wunsche sein, daß die Deputation nur eine Ergänzung zur Denkschrift der Regierung als Resultat liefert hat, statt eines positiven, fest umstesteten Ergebnisses. Wohl ist damit wieder eine kostbare Zeit verloren gegangen, und die Regierung wird wohl einsehen, daß einer zweiten Denkschrift über das vom Landtag verlangte Material eine zweite Gegendenkschrift der Gesetzgebungsdeputation auf dem Fuße folgen werde. Es wird daher in allen Bevölkerungsschichten mit Dank begrüßt werden, wenn aus der Regierungserklärung der Wille zu lesen ist, dem kommenden Landtag im Sinne der Minorität der Deputation einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf zugehen zu lassen. Freilich fürchten wir, daß diejenigen, welche jetzt das große Wort von einer "regierten" Regierung gesprochen haben, flugs alle Hebel in Bewegung setzen, um sie den Parteiinteressen dienstbar zu machen; denn diese wollen eben keine "regierende" Regierung.

Die gestrige Sitzung nahm weiter folgenden Verlauf: Nach dem Abg. Günther-Plauen (freil.) sprach Abg. Richter-Großhöchstädt (nat.). Er vertritt den von ihm gemachten Vorschlag: Rückkehr zum alten Gesetz. Erhöhung des Genusses auf 4 M., eine Zusatzstimme bei Grundbesitz. Abg. Dr. Schill-Leipzig (nat.) meint, der Zeitpunkt für eine Wahlreform sei erst dann gekommen, wenn die Regierung weiß, welches Wahlrecht sie will und wenn sie die Abicht hat, alle Kräfte dafür einzufordern. Beides sei jetzt nicht der Fall. Nachdem die Regierung aber einmal eine Reform angekündigt habe, müsse sie auch an diesem Plane festhalten. Obgleich sie Bedenken gegen das Pluralsystem habe, werde sie doch für die Vorschläge seiner politischen Freunde stimmen. Das sei auch insofern unabdinglich, als man ja den von der Regierung zu erwartenden Gesetzentwurf ablehnen oder ändern könne.

Unter großer Spannung des Hauses gab nun Staatsminister v. Weisch folgende Erklärung ab: Wenn ich mich daran erinnere, daß ich bei der allgemeinen Vorberatung ausdrücklich ausgesprochen habe, daß die Regierung durchaus nicht in Anspruch nimmt, daß ihr Vorschlag allein den gangbaren Weg bezeichnete, und daß sie bereit sein werde, auch Vorschläge aus der Witte der Kammer entgegenzunehmen, so kann ich heute die Zusicherung geben, daß die Regierung diese Bereitswilligkeit auch weiter in Aussicht stellt. Ich glaube, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Regierung nichts anderes übrig bleibt, als auf diesen Wegen, wie sie die Majorität und die Minorität der Deputationen bezeichnen, weiter zu schreiten und deren weitere Gangbarkeit zu erörtern. Die Deputation hat ganz ausdrücklich ein System gekennzeichnet, auf welchem aufbauend als möglich anzusehen sei, der Lösung einer so schwierigen Frage näherzukommen. Die Deputation schlägt als ein solches geeignetes System das Pluralsystem vor. Die Minorität ist einen erheblichen Schritt weitergegangen mit dem Antrage, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vor-

zulegen, welcher sich auf diesem System aufbaut. Sie werden von der Regierung nicht erwarten, daß sie schon heute zu dem unterbreiten Vorschlag eine definitive Stellung nimmt. Diese Frage des Pluralsystems veranlaßt umfangreiche statistische Erhebungen und bringt die größten Schwierigkeiten mit sich. Wie die Frage weiter zu behandeln ist, wird ganz davon abhängen, wie die Erhebungen ausfallen, wie das statistische Material sich gestaltet und ob dann vom Standpunkt der Regierung aus die Durchführung des Systems räthlich, ja überhaupt ausführbar erscheint. Sowie die Beschlüsse der Kammer vorliegen, werde ich sofort die Erhebungen veranlassen. Die Vorschläge, welche eventuell die Regierung zu unterbreiten haben würde, müßten vor allen Dingen und ganz hauptsächlich die Gewähr bieten, daß von vornherein einer Überflutung mit staatsfeindlichen Elementen in der Kammer vorgebeugt wird. Die Regierung ist also bereit, das seitens der Deputation und der anderen Kammermitglieder gebotene Material in dem Sinne zu verarbeiten, um möglichst für die Lösung der hochwichtigen Frage einer Rendierung des Wahlrechts einen gangbaren Weg in dem Sinne und mit dem Ziele zu finden, daß die Regierung im Rahmen ihrer Kraft ein Resultat erreichen hilft, welches dem Wohle des Landes, den Interessen des Volkes, den Interessen der beteiligten Wählerschaft allenthalben zu genügen wohl in der Lage ist. Die Regierung verholt sich nicht, daß sie, indem sie diese Zusicherung gibt, sich vor einer ungeheuer schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe stellt. Ich habe aber noch besonders zu betonen, daß, wenn die Regierung sich der Lösung dieser Aufgabe unterzieht, sie es nicht tut, um nachzuweisen, daß die Regierung wirklich die regierende ist, sondern lediglich zu dem Zwecke, um im Interesse des Volkes und im Interesse des Landes etwas zu schaffen, was dem Volke und dem Land tatsächlich kommt. Zu der Neuherung des Abg. Schulze von der "regierenden Regierung" habe ich nun noch zu bemerken, daß die Regierung mit der ganzen Anregung der Wahlreformfrage bewiesen hat, daß sie selbständige Entschließungen zu fassen wohl in der Lage ist. Ich hoffe aber die Stellung der Regierung und zu den Ständen dahin auf, daß auf Seiten der Regierung bei aller Wahrung der Selbstständigkeit ihrer Anschaungen doch das Bestreben vorhanden sein muß, zwischen Ständen und Regierung ein auf gegenseitiges Vertrauen begründetes Verhältnis zu erhalten; ganz besonders nach der Richtung, daß beide Teile über die Maßnahmen sich verständigen, welche im besonderen auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu treffen sind und daß der eine Faktor die Unterstützung des anderen Faktors vertraulich in Anspruch nehmen soll. Eine Verschiebung dieses Verhältnisses, so daß der eine Faktor seine Selbstständigkeit verloren hätte, ist nicht bemerkbar geworden, und ich hoffe, daß das geschilderte Einvernehmen zum Segen des Landes und des Volles auch fernherin bestehen bleiben möge. Was die Reform der Ersten Kammer anlangt, so habe ich bereits gesagt, daß die Regierung bereit ist, der Frage im Sinne des Antrages Andrä zu entsprechen, sobald ein entsprechender Beschuß auch von der Ersten Kammer gefasst wird.

Es spricht sich Abg. Enke-Leipzig für Annahme der Regierungsvorlage mit Modifikationen aus. Die Zweite Kammer müßte eine Volkskammer bleiben. Das direkte Dreiklassenwahlrecht habe sich in der Leipziger Stadtvertretung gut bewährt. Die Sozialdemokraten wirkten in dem dortigen Stadtverordneten-Kollegium durchaus nicht störend. In der Ersten Kammer müßte eigentlich auch der vierte Stand vertreten sein. Der Redner erklärt sich als einen entschiedenen Gegner des Pluralsystems. — Abg. Preibisch-Reichenau (nat.) sagt, er habe schon 1898 das Pluralsystem als das gerechteste empfohlen. — Abg. Dr. Vogel-Dresden (nat.) sagt, es werde die Mehrheit gegen das jewige Wahlsystem in diesem Hause vielfach unterschätzt. Die Regierung habe den Ernst der Lage erkannt. — Abg. Behrens-Niederlöbnitz (son.) erklärt sich für Annahme der Minderheitsanträge, weil durch diese am schnellsten etwas geschaffen werde sowohl für das Wahlrecht zur Zweiten Kammer als auch für die Zusammensetzung der Ersten Kammer.

Abg. Hänel-Kupprey (son.) meint, daß die Minorität etwas unmögliches verlange, indem sie schon in der nächsten Session einen Gesetzentwurf haben wolle. Wird die Regierung bis zum nächsten Landtag mit ihren Vorarbeiten fertig, so ist sie durch das Majoritätsgutachten daran nicht gehindert. — Abg. Schulze entschuldigt seine Worte von der "regierten Regierung" und sagt, sie hätten sich nicht so sehr auf die Reform der zweiten Kammer, als auf die der ersten bezogen. — Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme des Antrages der gesamten Deputation. — Die Minderheitsanträge werden mit 49 gegen 22 Stimmen abgelehnt. — Die Anträge der Deputationsmehrheit werden angenommen. — Ueber den Antrag der Minderheit, daß die geheime Wahl unbedingt beizubehalten sei, wird auf Antrag der Nationalliberalen namentlich abgestimmt. Für die unbedingte Beibehaltung der geheimen Wahl erklärten sich 43 Abgeordnete; gegen den Antrag stimmten 30 konservative Abgeordnete.

Darauf erfolgt die Schlussberatung über die Petition des Vereins sächsischer Gemeindebeamten um Errichtung einer Landespensionalkasse und Verleihung der Pensionsberechtigung an die Hinterbliebenen der Gemeindebeamten in den mittleren und kleinen Städten und den Landgemeinden, und über die Anschlußpetition der Vereinigung von Bürgermeistern und berufsmäßigen Gemeindevorständen Sachens um Neuregelung der Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten. (Berichterstatter Abg. Müller).

Die in erster Petition enthaltenen hauptsächlichsten Blätter lauten: 1) Den Gemeindebeamten die Gleichstellung mit den Staatsdienstern nicht länger vorzuenthalten und deshalb die Errichtung einer Landespensionalkasse zu beschließen, zu der alle Gemeinden beizutreten verpflichtet sind, die ihre Beamten für ihre Gemeinde geleisteten Dienste bezahlen und zu der der Eintritt den Besitzern ehemaliger Güter im Interesse der Fürsorge für ihre Beamten offen gehalten wird; 2) die hohe Königliche Staatsregierung wolle für diese Hinterbliebenen unbeschadet der wohlvollendsten Entschließung auf die vorangegangene Bitte

werden zu dem  
nimmt.  
angreiche  
schwierig-  
höhlen ist,  
ausfallen,  
ann vom  
ung des  
Sowie  
sofort die  
eventuell  
hölen vor  
bielen,  
indlichen  
egierung  
anderen  
hine zu  
wichtigen  
angabaren  
dah die  
tat er-  
es, den  
der be-  
enligen  
ich nicht,  
or eine  
elle Auf-  
betonen,  
Aufgabe  
die Re-  
zu dem  
esse des  
e Lande  
Schulze  
noch zu  
uregung  
ändige  
age ist.  
zu den  
bei aller  
och das  
und Re-  
es Ver-  
richtung,  
indigen  
gebung  
slüfung  
nehmen  
nah der  
ist nicht  
hilderte  
Volkes  
Reform  
gesagt,  
ne des  
eichender

ame der  
zweite  
direkte  
stadtver-  
kten in  
s nicht  
ach der  
sich als  
- Abj.  
96 das  
bg. Dr.  
mmung  
vielfach  
age ex-  
ärt sich  
ese am  
ahreit  
fahrung

inorität  
ächsten  
die Re-  
ebeten  
n nicht  
te von  
so sehr  
er ersten  
nahme  
nder-  
en ab-  
hrheit,  
en sel-  
ch ab-  
heimen  
ntrag

etition  
richtung  
ons-  
amten  
Land-  
nung  
händen  
e der

die Pensionsberechtigung schon jetzt aussprechen. Auf Grund eingehender Erwägungen beantragt die Deputation, die Kammer wolle beschließen: 1. die Petitionen, soweit sie auf Errichtung einer Landespensionsklasse gerichtet sind, der Königlichen Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen; 2. soweit sie auf sofortige Verleihung der Pensionsberechtigung an die Hinterbliebenen abzielen, auf Nachberuhung zu lassen; 3. im übrigen aber durch die Beschlussfassung als erledigt zu erklären. Nach einigen besürwortenden Bemerkungen des Sekretärs Rüder-Rohrwein und Gräfes Annaberg beschließt die Kammer einstimmig im Sinne des Deputationsantrages. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

## Aus Stadt und Land.

Dresden, den 29. April 1904.

— Se. Majestät der König traf heute vormittag im Residenzschloss ein. Derselbe nahm hier zunächst eine größere Anzahl militärischer Meldungen entgegen und empfing dann die Herren Staatsminister zu Vorträgen. Mittags erließ Se. Majestät mehreren Herren vom Civil Audienc.

— Ihre Majestät die Königin-Witwe hat heute Freitag Turin verlassen und fährt über München nach Dresden zurück, woselbst sie am Sonntag früh 6 Uhr 50 Min. eintreffen und in der Königl. Villa Streihen Wohnung nehmen wird.

— Se. Majestät der König hat den Landrichter bei dem Landgerichte Leipzig Dr. Richard Wünschmann für die Zeit vom 4. Juli 1904 ab zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte Dresden ernannt.

— Herr Generalmusikdirektor Geheimen Hofrat von Schuch wurde von Se. Majestät dem König aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Tonkünstlervereins ein in prachtvollem Rahmen gefasstes Porträt mit eigenhändiger Namensunterschrift geschenkt.

— Die Eröffnung der Großen Kunstaustellung in Dresden wird sich morgen 12 Uhr in besonders glänzender Weise vollziehen. Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Johann Georg und Prinzessin Mathilde werden dabei erscheinen.

— Stadtverordnetenversammlung. Das Ausschüttgutachten bett die Anträge der Stadtverordneten auf Erhöhung des Gasfonds, Verbilligung des Gaspreises, wird angenommen. Die neuen Straßenbahnverträge kommen zur Mitvollziehung. Der laut Ratsbeschluss festgelegte Jahresbeitrag zur Dienstboten-Krankenkasse für 1904 mit 9 Mark wird anerkannt. Punkt 3, die Behandlung der Dienstboten durch spezielle Fahnräte „in Begfall zu bringen“ wird geändert — indem gesetzt wird „nach Möglichkeit zu beschränken“.

— Auf der Radrennbahn sind die Franzosen eingetroffen und liegen von 3/4 Uhr ab dem Training ob. Man wird da schon die Chancen der beiden Franzosen, die uns zweifellos ein sehr spannendes Rennen liefern werden, abwägen können. Beide trainieren hinter den von dem Verband vorgeschriebenen kleinen Windshildern.

— Gegen die sogenannte Blümchenliteratur hat bekanntlich der Verein für Sächsische Volkskunde auf Anregung des Ministerialdirektors Geheimen Rates Dr. Roscher in seinem leichten Vereinsjahre Stellung genommen. Herr Geh. Rat Dr. Roscher begründete seinen Antrag, indem er zuerst über den Volksumor namentlich Süddeutschlands sprach und lebhaft bedauerte, daß in Sachsen die gemeinen Regungen der Volksseele besonders auf Postkarten zur Schau getragen werden. Die Verrohung des Stammeshumors müsse bestimmt werden. Zu den Ergebnissen dieser Art gehöre auch die Blümchenliteratur, die keinesfalls als Ausdruck der Stammesseele gelten könne, da sie nur die übeln Eigenarten der Sachsen lächerlich mache. Es handele sich in erster Linie darum, das Schlechte durch Besseres zu ersetzen. Ob jedoch das Zimmermannsche sächsische Volkstheater diesen Zweck der Unterdrückung der Blümchenliteratur erreiche, sei zweifelhaft. — Der Verein beschloß dann einzeln ruhig gehaltene Artikel in den Zeitungen erscheinen zu lassen. Ferner beschäftigt der Verein ein Flugblatt unter dem Titel „Dialektidiotismus und Dialektaristismus“ herauszugeben, in dem etwas Besseres als die besprochene Literatur geboten wird.

— Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt in Nr. 205 unter der Spalte „Sächsisch-römische Lokalität“ folgenden Artikel:

„Über die letzte Rundgebung des deutschen evangelischen Kirchenausschusses“ ist das sächsische ultramontane Kampforgan ganz außer sich. Die Rundgebung schreibt es, sei eine Kapitulation der protestantischen Oberkirchenbehörden vor dem Evangelischen Bund, die Herren Landesfürstlichorialbeamten hätten sich offiziell auf den „Sportwagen“ des Bundes gelegt, sodass nunmehr ohne Hindernis die „olle Göde“ in einem frechen Kulturfampe beginnen könne. Unter König Albert sei etwas nicht möglich gewesen (?). Der Evangelische Bund schaute sich bereits an, die amtlich wählende Politik zu machen und jene der Oberkirchenbehörde in das Rücksicht zu versetzen, der „Evangelische Bund“ sei durch die Rundgebung „herrschaftig“ geworden. Bald werde aus der Anteilnahme an der jüngstgewählten Hochzeit des Bundes seine größere oder geringere Brauchbarkeit tagt und der ausgestellte Fleißzettel des Evangelischen Bundes werde den Alten beispielhaft werden müssen, um der Verfehlung in eine bessere bezahlte Kastri sicher sein zu wollen. Das offizielle protestantische Kirchenamt, das eine Allianz mit dem Bunde geschlossen habe, mache mobil etc. — Wir drucken diese unerträgliche Auslaßung des römisch-katholischen Blattes ausschließlich zu dem Zweck ab, um seiner Auspielung des Andenkens an unsern toten König Albert gegen den regierenden Herrn die weiteste Verbreitung zu sichern, die das Blatt ihr zu geben immer noch nicht in der Lage ist.“

Damit hatte sich das Blatt einer Fälschung des Textes unseres Letzartikels in Nr. 91 vom 22. d. M. schuldig gemacht. Der Text darin lautete also:

„Es hat schon seit längerer Zeit, besonders in Sachsen, eine Rendierung der Stimmung im Landeskonsistorium in der Lust gelegen; man fühlte förmlich, wie dort schrittweise dem Andrängen des Evangelischen Bundes nachgegeben wurde. Hätte noch die alte friedliche Stimmung die Oberhand gehabt, wie unter König Albert, dann hätten es Superintendenten, Pfarrer und Pastoren nicht gewagt, an der Spitze der Agitation zu marschieren, wie wir sie in Sachsen soeben erlebt haben.“

Nachdem das Blatt, wie es oben sagte, durch Wiederholung unseres Artikels den Zweck verfolgte, „um der Ausspielung des Andenkens an unseren toten König Albert gegen den regierenden Herrn die weiteste Verbreitung zu sichern, die die „Sächs. Volkszeitung“

ihr zu geben immer noch nicht in der Lage sei“, so sandten wir uns veranlaßt, durch eine der Redaktion des „Leipziger Tageblatts“ gesandte Verichtigung auf Grund des § 11 des Pregegesetzes der Richtigstellung des gefälschten Textes die gleiche Verbreitung zu sichern. In Nr. 214 der Zeitung fand diese Verichtigung Aufnahme. Das Urteil über den unqualifizierten Versuch des „Leipziger Tageblattes“ aus dem Text unseres Blattes durch Fälschung desselben eine Auspielung unseres toten Königs Albert gegen Se. Majestät den jetzt regierenden König konstruierten, mögen unsere Lefer fallen. Auf Anerger darüber, daß wir das „Leipziger Tageblatt“ zwangen, unsere Verichtigung aufzunehmen, nennt sie uns das „ultramontane Kampforgan Sachsen“. Es ist bei dem „Leipziger Tageblatt“ Brauch, die katholische Kirche und ihre Einrichtungen zu verunglimpfen durch unwahre Behauptungen und Verdächtigungen. Die Widerlegung in unserem Blatte mag ihm unangenehm sein, daher sieht es sich gezwungen, diese vollständig zu verschweigen. Es erinnert sich auch dann nicht an die Pflicht jedes anständigen Mannes, Unwahrheiten freiwillig zu berichtigen, wenn es derselben unverderbarlich überwiegen ist. Wenn wir die Fälschung des Textes nur in unserem Blatte nachgewiesen hätten, so würde kaum eine Richtigstellung im „Leipziger Tageblatt“ erfolgt sein. Wir muhten uns daher des § 11 bedienen, um nicht in den Augen des Leserkreises des „Leipziger Tageblattes“ als illoyal zu gelten. Daher nennt es die „Sächsische Volkszeitung“ das „ultramontane Kampforgan“. Das Recht der Abwehr lassen wir uns von der gesamten Presse Sachsen nicht nehmen.

— Der Steingutdecker Hans Knobloch, welcher dringend verdächtig war, die 17 Jahre alte, in einer kleinen Glasplattfabrik beschäftigte gewesene Frieda Schulze in der Nacht zum Dienstag im Hause Herbststraße 7 durch einen Pistolenabzug lebensgefährlich verletzt zu haben, hat unter dem Druck des Gewissensmaterials die Tat eingestanden. Eifersucht war das Motiv.

Meissen. Daß man von Herrn Superintendent D. Meyer noch manches erwarten darf, zeigte die am Dienstag von ihm hier gehaltene Rede. „Gegen den Reichskanzler und gegen einige überlebte, lächerliche Kultusäußerungen der katholischen Kirche wirkte er mit Ironie und Sarkasmus“ — so berichtet das „Weitzer Tageblatt“. Von seiner Stellung zu Christus scheint der christliche Superintendent kein Wörtchen gesprochen zu haben, und doch wäre es manchem seiner evangelischen Zuhörer, die sich nach dem Brauche der katholischen Kirche aus Wort des Evangeliums eng angeschlichen, so sehr interessant gewesen, wenn er wenigstens die Frage gestreift hätte, ob Christus als Gottessohn in seinem deutschen Evangelium noch Platz hat oder nicht. „Daß der Name Jesuit wie ein Stichwort wirkt, das sofort den deutschen Geist auf die Bühne ruft“, das könnte man glauben, wenn man einen Superintendenten für den Vertreter des deutschen Geistes ansiehen will und mit manchem Pathos als Schauspieler wie im Theater reden hört. Und welche schönen Gloskeln: „Sind nicht alle Herren des deutschen Volkes in romischer Lust erwachsen?“ Dr. Meyer scheint von einer Geschichte Deutschlands, seiner Dichter, Denker und Staatsmänner im Mittelalter nichts zu wissen. Oder meint er, daß Luther in der Gefolgshaft des hl. Bonifatius war, den Deutschen das „Evangelium“ zu bringen, und daß man im Mittelalter schon „romisch“ gewesen wäre? — Die Sozialdemokratie wurde dem bösen Ultramontanismus wieder einmal vorgezogen. Das kann der vollkommen würdigen, welcher weiß, daß die echten Sozialdemokraten vom Christus der Bibel ungefähr gerade so weit abstecken wie D. Meyer, Darnak und Konstantin. „Es fehle nur noch ein Verein für Säuglinge, in dem mir die katholische Milchstätte verbreitet würde“, so ließ sich D. Meyer verlaufen. Den Katholiken hat er noch nicht gefehlt; doch — die Ansichten sind ja verschieden. Was scheint, D. Meyer und manche um ihn herum dürften sich etwas mehr bemühen um die Vereine, welche den Zusammenschluß gegenüber der Sozialdemokratie fördern. Es sollte diesen Herren doch zu denken geben, daß sich bei ihren Taten in den Versammlungen des Vereins, den mit König Albert auch viele gläubige Protestanten für einen Heimat halten, die sogen. unteren Schichten des Volkes immer schwach vertreten sind. Das „Weitzer Tageblatt“ berichtet also nämlich auch über diese Meyer-Versammlung.

— Dem ruhigsten und friedliebendsten Katholiken muß die Hornesader schwelen, wenn er sieht, daß die „Arbeit am Wort“ zulässig ist vor der Arbeit an den Jesuiten, die garnicht einmal da sind, und an den Römlingen, die sich aber von einem Meyer nicht imponieren lassen.

Meissen. (Lebensrettung.) Am Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr fiel der siebenjährige Sohn des Fischermeisters Stelzer in der Nähe des Dammschiffstandortplatzes in die Elbe und wurde vom Strom fortgerissen. Der Knabe war schon einmal untergetaucht, als er von den am Elbdamme spazierenden beiden Söhnen des hiesigen Kunstgärtners Franz Vorn bemerkt wurde. Ohne sich zu bemühen, warf Georg Vorn seinen Rock ab und sprang in die Elbe. Es gelang dem mutigen Retter, das Kind zu fassen und lebend ans Land zu bringen. Der junge Mann hat schon während seiner Schulzeit zweimal Gelegenheit gehunden, Kinder aus dem Wasser zu retten.

Tetta b. Pirna. Am Tettauer Spitzberg sind vor kurzem Gesteinsmassen von etwa 200 Kubikmeter Inhalt herabgegangen. Untersuchungen des Berges haben ergeben, daß das Verteilen des Kreals unterhalb der Kuppe jederzeit mit Lebensgefahr verbunden ist. Man erwartet behördliche Anordnungen.

Böckau. Der Unteroffizier M. vom Detachement Jäger zu Pferde in Chemnitz, welcher hierher kommandiert war, hat sich gestern früh mit seinem Karabiner erschossen, weil er wegen Unpünktlichkeit im Dienst Strafe befürchtete. Er wurde noch lebend ins Garnisonlazarett hier selbst gebracht, starb aber noch im Laufe des Vormittags an den Verletzungen.

Grenzriedersdorf. In der Nacht zum Sonntag brannte eine zum Neuther-Vorwerk gehörige, mit Geräten usw. gefüllte Wagenremise und in der Nacht zum Montag eine aus Fachwerk gebaute Scheune mit Vorräten nieder. In beiden Fällen wird wieder Brandstiftung vermutet.

Scheibenberg. Um die Stadt ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen, hat der Stadtrat beschlossen, im Trottendorfer Staatsforstrevier Quellen zu fassen. Die Kosten der etwa 6000 Meter langen Leitung sind auf 48 000 Mark berechnet. Die zu erwerbenden Quellen geben täglich etwa 100 Kubikmeter Wasser.

Oelsnitz i. B. Die Gutsbesitzer-Herrin Höser in Arnoldsgrün, die schon vor mehreren Jahren ein Auge durch einen Unfall verloren, wurde jetzt beim Hutteraustellen von einer Kuh mit der Spitze des Hornes ins Auge gestoßen, so daß dieses ausfiel.

## Der Krieg in Ostasien.

Der „New-York Herald“ bringt über die Vernichtung des japanischen Handelsdampfers in Gensan folgende Darstellung: „Die zum vierten Teil aus Japanern bestehende Bevölkerung von Gensan erlebte am 25. d. M. einen angstvollen Tag. Um 11 Uhr vormittags näherten sich zwei Torpedoboote zu dem Hafen, wo ein kleiner Frachtschiff Fahrer mit einigen zwanzig Passagieren, darunter Frauen und Kinder an Bord, zur Ausfahrt bereit stand. Der Kommandant eines der beiden Schiffe signalisierte: Sofort alles ans Land! Die Ausfahrt wurde in fünf Minuten durchgeführt. Unmittelbar darauf sank das kleine Schiff, von drei Schüssen getroffen. In dem Orte herrschte lebhafte Verwirrung. Jeder Augenblick erwartet man, daß drei kaum zwei Seemeilen entfernte russische Kreuzer das Bombardement anfangen werden.“

Der russische Admiral Skrydow hat die Reise nach dem Kriegsschauplatz angekündigt. — Das Angriffsgebiet wird als kommandierenden General Linowitsch erhalten, dem gleichzeitig interimsisch die Obliegenheiten eines Generalgouverneurs übertragen wurden. — In Petersburg war das Gerücht verbreitet, daß auf den General Europäisk durch seinen Koch ein Vergeltungsversuch unternommen wurde. Von offiziöser Seite wird aber dieses Gerücht als unbegründet bezeichnet.

Mitte Mai soll der Verkehr auf der sibirischen Bahn wieder aufgenommen werden, die gegenwärtig allein für die Militärtransporte bestimmt ist. Bis dahin sollen die Russen an 500 000 Mann in Ostasien stehen haben, doppelt soviel fast, als anfangs festgestellt war. Von diesen würden 200 000 am Palu, 50 000 in Port Arthur, fast 200 000 von Riu-chwang, 100 000 bei der Nordarmee mit Einschluß von Vladivostok stehen. Von diesen Truppen sollen 39 000 auf die Bewachung der Eisenbahn und der sonstigen Verkehrsmittel entfallen. So meldet „Daily Mail“.

Der „Rowy Krai“ veröffentlicht folgende für die Kriegskorrespondenz bei der russischen Armee geltenden Bestimmungen: „Ausländer bedürfen einer Empfehlung ihrer Regierung an das russische Auswärtige Amt. Kriegsgefeiten ziehen Verwarnungen oder Entfernung vom Kriegsschauplatz nach sich. Das Abzeichen der Korrespondenten bildet eine Blinde am linken Arme. Die Ausgabe chlüsselter Depeschen ist untersagt. Diezensur aller Meldungen erfolgt im Hauptquartier und bei den Stäben der verschiedenen Teilkommenden. Gleichzeitig haben sich die japanischen Militärs eingehend mit Verschärfungen gegenüber der Kriegskorrespondenz befaßt. Unter den 84 Kriegskorrespondenten sind gegenwärtig 36 Engländer, 34 Amerikaner, der Rest Franzosen, Italiener und Deutsche. Von allen diesen haben bloß 16 die Erlaubnis bekommen, auf den Kriegsschauplatz abzugehen, obschon die Engländer sehr gut empfohlen waren.“

Am 6. Mai wird sich das englische Kanalgeschwader mit einer größeren Anzahl von Kreuzern in den sardinischen Gewässern vereinen. Diese enorme Konzentration der englischen Seestreitkräfte wird dahin gedeutet, daß England entschlossen ist, die Durchfahrt der baltischen Flotte durch die Dardanellen unter allen Umständen zu verhindern.

Dem „Petit Parisien“ zufolge soll der Gesundheitszustand des Jaren zu Bedenken Anlaß geben. Seine intensive Beschäftigung mit allen Details des Krieges, verbunden mit den Entlastungen und Erkrankungen des bisherigen Kriegsverlaues, haben den Monarchen in hohem Grade nervös gemacht und ist es besonders sein Unvermögen, zu schlafen, das seine Kräfte schwächt.

Das Reuter'sche Bureau erhält, daß die von Petersburg aus gegangenen Gerüchte, wonach England irgendwelche Vorschläge betreffs einer Vermittlung zwischen Russland und Japan gemacht hätte, vollständig unbegründet seien.

Die russischen Marinereserven wurden einberufen. In Port Arthur wurden in der Nacht vom 27. auf den 28. d. M. feindliche Torpedoboote unter Bedeckung von Schiffen des japanischen Geschwaders bemerkt. Nach einigen Schüssen, welche keinen Schaden anrichteten, entfernte sich der Feind nach Süden. — Das japanische Kanonenboot „Waja“ lief mit einigen Torpedobootten am Montag in den Palu ein, fuhr den Strom aufwärts und hatte am Montag und Dienstag eine Anzahl kleinerer Gefechte mit den russischen Streitkräften an Land.

Petersburg, den 29. April. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht nachstehendes Circular des Ministers des Außen in die Vertreter Russlands im Auslande vom 27. d. M.: Die Presse des Auslandes verbreitete in der letzten Zeit hartnäckig Gerüchte über bei einigen europäischen Regierungen aufgetauchten Absichten einer friedlichen Vermittlung befußt scheinlicher Beendigung des russisch-japanischen Konfliktes. Eingegangene Telegramme melden sogar, daß Kaiserliche Regierung seien bereits Vorschläge in solchem Sinne gemacht worden. Die Vertreter sind bevoßtigt, diese Meldung auf das fälschlichste zu dementieren. Russland hat den Krieg nicht gewünscht. In den Grenzen der Möglichkeit hat es alles getan, um die im fernen Osten entstandenen Verwicklungen auf friedlichem Wege zu lösen; doch nach dem treulosen Überfall Japans, das Russland angreifen hat, zu den Waffen zu greifen, kann augenscheinlich keinerlei friedliche Vermittlung einen Erfolg haben. Gleichzeitig wird die Kaiserliche Regierung auch nicht eine Einmischung irgendwelcher Macht in die unmittelbaren Verhandlungen zulassen, welche zwischen Russland und Japan nach Beendigung der kriegerischen Operationen zur Feststellung der Friedensbedingungen erfolgen.

Washington, 28. April. Einem Telegramm des amerikanischen Gesandten in Tokio zufolge wird von nun ab Zeitungskorrespondenten nicht mehr gestattet, den Operationen des japanischen Heeres zu folgen. Man rechnet, daß bereits 200 englische und amerikanische Korrespondenten dem Heere zugetellt sind.

London, 29. April. Dem "Reuterschen Bureau" wird aus Shanghai gemeldet, dort gehe das Gericht, daß die Russen nach zweitägigem Kampfe am Jalu eine Niederlage erlitten hätten. Die Japaner hätten den Fluß überschritten und die Russen hätten sich zurückgezogen.

#### Telegramme. (Wolff Telegraphenbureau.)

Frankfurt a. M., 28. April. Die Königin von Schweden und Norwegen traf heute aus Wien ein, nimmt hier bis zum Sonnabend Aufenthalt und begibt sich dann nach Bonn.

Wey, 28. April. (V. L.) Hier wurde der Bankier Gaudy verhaftet, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde.

Wien, 28. April. Der ehemalige österreichisch-ungarische Postdiräktor beim Vatikan Graf Reverteira ist in Prag gestorben.

#### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Im Residenztheater verabschiedet sich Fräulein Jenny Groß heute als Käferlein in "Maria Theresa". Mit dieser Abschiedsvorstellung ist gleichzeitig der Schluss der Wintersaison verbunden. Am Sonntag den 1. Mai gelangt nachmittags "Alt-Heidelberg" und abends "Zwei Wappen" zur Aufführung.

#### Kirchlicher Wochenkalender.

4. Sonntag nach Ostern.

#### Gottesdienstordnung.

**Marktkirche der Neustadt** (Albertplatz 2): 1/2 Uhr hl. Messe. 9 Uhr Predigt und Hochamt vor ausgefeiltem hochwürdigsten Gute. 1/2 Uhr Schulgottesdienst. Nachmittags 3 Uhr Andacht. — An Wochentagen hl. Messe um 7 und 9 Uhr, Mittwoch und Freitag auch um 8 Uhr. Freitag abend 6 Uhr Kreuzwegandacht. Pecht an Sonn- und Festtagen von früh 1/2 Uhr an, an allen Sonnabenden nachmittags von 4 bis 6 Uhr, an allen Wochentagen vor und nach jeder hl. Messe.

**Marktkirche der Friedensstadt** (Friedrichstraße 50): An Sonn- und Festtagen früh 7 Uhr Kommunion und hl. Messe (leitere mit Ausnahme des zweiten Sonntags in jedem Monat wegen des Gottesdienstes im Stadtfrankenhause). 9 Uhr Hochamt mit Predigt und hl. Segen. Nachmittags 2 Uhr Vesper mit hl. Segen. — An den Wochentagen hl. Messe früh 1/2 Uhr.

**Josephskirche** (große Blasewische Straße 16, 1. Etage): 1/2 Uhr hl. Messe mit Predigt und Segen. Abends 6 Uhr Andacht mit Christuslehrer und Segen. — An den Wochentagen hl. Messe um 7 1/4 Uhr.

**Kapelle in Dresden-Johannstadt** (Schumannstraße 21): 8 Uhr hl. Messe. 9 Uhr hl. Messe mit Predigt. Nachmittags 1/2 Uhr Segendienst. Beichtgelegenheit am Sonnabend abend von 6 Uhr, am Sonntag von 1/2 Uhr früh an. Taufen nachmittags 3 Uhr.

**Harnisonkirche:** 9 Uhr Gottesdienst.

Allen lieben Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, dass unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Schwager

2636

## Artur Gutte

im Alter von 23 Jahren, Mittwoch abend 7 1/2 Uhr in Königsberg, wo er gegenwärtig seiner Militärdienst genötigte, durch einen Unglücksfall, indem er von einem Pferde geschlagen worden ist, nach kurzem, aber schwerem Leiden, versiehen mit den hl. Sterbehukramenten, verschieden ist.

Dresden, den 28. April 1904.

Die tieftrauernden Eltern und Geschwister.

#### Statt besonderen Dankes.

Es ist mir nicht möglich, all den Lieben für die ausserordentlich zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim Tode und Begräbnisse meiner heissgeliebten Frau, unserer herzigen Schwester, Schwägerin und Tante, der

#### Frau Oberlehrer Marie Schmidt

einzelnen zu danken. So nehmen Sie alle hierdurch meinen heißen Dank entgegen. Insbesondere danke ich dem hochwürdigsten Herrn Bischof für seine persönliche, innige Anteilnahme und dem hochw. Herrn Progymnasial-Direktor Richter für seine herzlichen Trostsworte am Grabe. Die herzliche Teilnahme war für uns alle reicher Trost und wird für mich immer Trost bleiben.

Dresden, den 29. April 1904.

Oberlehrer Heinrich Schmidt,

Prinz. Lehrer a. D.

Gegründet 1900. Gegründet 1900.

## Cigarren-Haus

Détail. Curt Visino Versand.  
Dresden-A., Eisenstück-Straße (Ecke Chemnitzer Str.)  
9 Löbtauer Straße No. 9  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Cigarren u. Cigaretten.

1588 Mitglied des Vereins der Bayern Dresden.



Wir ersuchen, die angekündigten Firmen bei Einkäufen zu berücksichtigen und sich dabei auf dieses Blatt zu beziehen.

Drau: Sagonia-Druckerei, Verlag des katholischen Presbiteriums, Dresden, Pillnitzerstr. 48. — Verantwortlicher Redakteur: Philipp Bauer in Dresden.

**Kapelle zu Dresden-Löbtau:** 7 Uhr hl. Messe. Von 1/2-9 Uhr Beichte und Kommunion. 9 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 2 Uhr Andacht und hl. Segen. 8 Uhr Taufen. — An den Wochentagen: Montag und Donnerstag hl. Messe bei den Ehrwürdigen Brüder Schwestern im Albert-Stift, die übrigen Tage um 7 Uhr in der Kapelle.

**Dresden-Pieschen** (Turnhalle, Pöhlstraße): 8 Uhr hl. Messe. Von 1/2-10 Uhr Predigt und hl. Messe. Von 7 Uhr an hl. Beicht. Nachmittags 2 Uhr Andacht und hl. Segen. — An den Wochentagen und um 8 Uhr in der Hauskapelle.

**Deuben:** Vorm. 9 Uhr Predigt und Hochamt. Nachm. 1/2-3 Uhr Vesper.

**St. Bonifatiuskirche zu Wehlen:** 7 Uhr hl. Messe. 9 Uhr Predigt, Hochamt und sakramentaler Segen. Abends 7 Uhr Maiandacht (in der Woche Dienstag und Freitag abends 1/2-8 Uhr). — Sonnabend von 7 Uhr Gelegenheit zur hl. Beicht. Montag nachmittags 1/2-4 Uhr Taufen.

**St. Trinitatiskirche zu Leipzig:** 1/2 Uhr hl. Messe, 8 Uhr Schulgottesdienst, 9 Uhr Predigt und Hochamt. 11 Uhr hl. Messe, 7 Uhr Maiandacht. — An den Wochentagen abends 7 Uhr Maiandacht.

**St. Laurentiuskirche zu Leipzig-Kauditz:** 7 Uhr hl. Messe, 9 Uhr Predigt und Hochamt. Nachmittags 3 Uhr Andacht.

**Kapelle Leipzig-Lindenau** (kath. Pfarrkirche, Auguststraße): 6 Uhr hl. Beicht, 1/2-8 Uhr erste hl. Messe, 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt. Nachmittags 3 Uhr Andacht mit hl. Segen. 4 Uhr Taufen. — An Sonnabenden abends und Sonn- und Feiertags früh von 6 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beicht.

**Borna:** Vormittags 8 Uhr Predigt und hl. Messe.

**Freiberg:** Früh 9 Uhr Predigt und Hochamt. Abends 7 Uhr Maiandacht; außerdem Mittwochs und Freitags abends 7 Uhr Maiandacht.

**NB:** Der für Sanya angezeigte Gottesdienst ist behördlich aufgehoben.

**Gemuh:** 6, 7 Uhr hl. Messe, 8 Uhr Schulgottesdienst mit Exhortation, 1/2-10 Uhr Predigt, dann Hochamt, nachmittags 2 Uhr Molenkanzianandacht.

**Pfarrkirche Zwölfax:** 1/2 Uhr Auftaktgottesdienst, 1/2-10 Uhr Predigt und Hochamt. Nachmittags 1/2 Uhr Maiandacht. 3 Uhr Taufen. Wochentags hl. Messe: Mittwoch und Sonnabend 1/2-8 Uhr und 1/2-11 Uhr, an den übrigen Tagen 1/2-9 und 1/2-10 Uhr. Dienstag und Freitag abend 1/2-8 Uhr Maiandacht.

**Kartenstein, Schlosskapelle:** Vorm. 9 Uhr kath. Gottesdienst.

**Annaberg:** Früh von 6 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beicht.

Vorm. 1/2-10 Uhr Predigt und Hochamt. Abends 8 Uhr Maiandacht.

**Plauen I. F.:** 7 Uhr hl. Messe. 9 Uhr Predigt und Hochamt. Nachmittags 1/2 Uhr Segensandacht. — An Wochentagen täglich von 1/2-7 und 9 Uhr hl. Messe.

**Amsdorf:** Vormittags 1/2-10 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 1/2-8 Uhr Maiandacht. — An Wochentagen täglich früh 1/2-7 Uhr hl. Messe. Dienstag und Donnerstag abends 1/2-8 Uhr Maiandacht.

**Kapelle zu Ober-Oßlersdorf** bei Ritter: Jeden 2. Sonntag monatlich vormittags 9 Uhr hl. Messe und Predigt. Vor dem Gottesdienste Gelegenheit zur hl. Beicht.

**Kapelle zu Alt-Börnig** bei Ritter: Monatlich jeden 3. Sonntag um 1/2-10 Uhr kath. Gottesdienst; vorher Gelegenheit zur hl. Beicht.

**Großschönau** (Weinhause): Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, ferner jeden 2. Tag der großen Feste Weihnachten, Ostern und Pfingsten kath. Gottesdienst von Reuleuxendorf aus.

**Philipsdorf** bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Auslandes

Philipsdorf bei Georgsmünde, Nordböhmien: Hl. Herz Jesu 1904 für christliche Frauen und Fräuleins. Beginn der selben am 16. Mai abends 6 Uhr. Schluss derselben am 20. Mai früh 7 Uhr. — Die P. T. christlichen Frauen und Fräuleins des In- und Aus